

Der Oberbürgermeister  
Plauen, 14.04.2026

### Niederschrift über die 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses

**Sitzung am:** Donnerstag, den 26.02.2026  
**Sitzungsort:** Sitzungszimmer 345,

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 18:01 Uhr

#### Anwesenheit:

##### Name

##### Bemerkung

##### Vorsitzender

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf

##### Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Heike Bertram  
Frau Cornelia Erhardt  
Herr Frank Erhardt  
Frau Yvonne Gruber  
Herr Sebastian Heydel  
Herr Lars Legath  
Frau Steffi Liedtke  
Herr Michael Petzold  
Herr Nick Simon

Vertretung für Frau Belinda Eißmann

Vertretung für Frau Diana Simon

##### Beratendes Mitglied

Herr Christian Huster

#### Abwesenheit:

##### Name

##### Bemerkung

##### Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Belinda Eißmann  
Frau Diana Simon

entschuldigt  
entschuldigt, dienstlich

##### Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Bursee  
Frau Evelin Horo  
Herr Sebastian Loik  
Frau Christa Süß

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt, dienstlich  
abwesend

#### Mitglieder der Verwaltung:

##### Name

##### Funktion

##### Anwesenheitsgrund

Eric Hoffmann

Fachbereichsleiter  
Jugend/Soziales/Schulen/Sport

gesamte Sitzung

Simone Schurig

Leiterin Schul- und Sportreferat

TOP 4

Eva-Maria Mucha-Schmidt

SB Schul- und Sportreferat

TOP 4

#### Weitere Sitzungsteilnehmer:

##### Name

##### Anwesenheitsgrund

Claudia Bodenschatz, Freie Presse

Berichterstattung öffentl. Teil

## **Tagesordnung:**

### **öffentlicher Teil:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 15.01.2026
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen des Bürgermeisters
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
  
- TOP 3 Aktueller Stand zur Schulsozialarbeit - Vortragender: Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport
  
- TOP 4 Vortrag zum Thema Startchancen-Programm - Vortragende: Simone Schurig, Leiterin Schul- und Sportreferat
  
- TOP 5 Vorberatung
- TOP 5.1 Antrag der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 104-26 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 6 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### **öffentlicher Teil:**

#### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Die 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet.

Bürgermeister Kämpf begrüßt die Stadträte, sachkundige Einwohner, Mitarbeiter der Verwaltung, Gäste sowie Pressemitglieder.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Bürgermeister Kämpf, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Yvonne Gruber, Freie Bürgerliste Plauen, und Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, bestellt.

#### **1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Beschlussfähigkeit fest.  
Es sind 9 stimmberechtigte Mitglieder zu Beginn der Sitzung anwesend.

#### **1.2 Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

#### **1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 15.01.2026**

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 15.01.2026 fest.

## 1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

## 1.5 Informationen des Bürgermeisters

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, kündigt an, dass der Ausschuss voraussichtlich zum letzten Mal in diesem Jahr im Rathaus tagt. Er hält es für sinnvoll, in den kommenden Monaten die Kinder- und Jugendeinrichtungen in Plauen zu besuchen, insbesondere um neu gewählten Stadträten die Möglichkeit zu geben, die Einrichtungen kennenzulernen.

Er betont, dass die Stadt Plauen trotz der Hauptverantwortung des Vogtlandkreises für die Finanzierung mit 15 % der Gesamtkosten zur Unterstützung der offenen Kinder- und Jugendarbeit beiträgt. Diese Einrichtungen sind nicht nur für die Kinder und Jugendlichen der Stadt von Bedeutung, sondern bieten auch einen wichtigen sozialen Wert für die einzelnen Stadtteile.

Ferner hebt Bürgermeister Kämpf hervor, dass es ihm in diesem Jahr besonders wichtig ist, die Einrichtungen vorzustellen, da der Vogtlandkreis sich in der finalen Phase des „Orbit-Prozesses“ befindet. Diese Studie untersucht die zukünftige personelle und inhaltliche Ausgestaltung der Jugendarbeit im Vogtlandkreis, welche auch Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit in Plauen haben wird.

Die Ausschussmitglieder werden in Zukunft verstärkt vor Ort in den Einrichtungen präsent sein, um sich ein Bild von der geleisteten Arbeit zu machen. Dies bedeutet, dass die Sitzungen nicht mehr an einem festen Ort stattfinden, sondern an verschiedenen Kinder- und Jugendeinrichtungen der Stadt. Herr Kämpf bittet die Ausschussmitglieder, dies bereits im Vorfeld zu berücksichtigen.

## 2 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner zur Sitzung anwesend.

## 3 Aktueller Stand zur Schulsozialarbeit - Vortragender: Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, erläutert, dass die Schulsozialarbeit im Landkreis angesiedelt sei und die Stadt Plauen davon profitiere. Er berichtet, dass die von der SPD-Initiative-Fraktion sowie der Grüne/Linken-Fraktion gestellten Fragen zusammengefasst und an den Vogtlandkreis übermittelt worden seien. Die Antworten des Landratsamtes Vogtlandkreis lägen vor und werden vom Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport Eric Hoffmann vorgestellt.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, führt aus, dass die Anzahl der Schulsozialarbeiter von 2017 bis 2025 deutlich gestiegen ist. Während 2017 lediglich 2 Träger an 4 Schulstandorten mit 3 Vollzeitstellen tätig waren, sind es nun 6 Träger an 11 Standorten mit insgesamt 10 Vollzeitäquivalenten und 12 Fachkräften. Diese Entwicklung zeigt die wachsende Bedeutung der Schulsozialarbeit als Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler.

Herr Hoffmann geht auch auf spezifische Fragen ein, die von den Fraktionen eingereicht wurden. Der Fragenkatalog sowie die Stellungnahme des Landratsamtes Vogtlandkreis werden den Ausschussmitgliedern über das Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

Ein generelles Fortbildungskonzept gebe es nicht, jedoch stünden den Fachkräften jährliche Budgets für eigenverantwortlich gewählte Fortbildungen zur Verfügung. Die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit Sachsen biete ein breites Spektrum an Weiterbildungsangeboten und Austauschformaten. Zudem fänden regelmäßige interne Treffen der Schulsozialarbeitsteams sowie Netzwerktreffen und Supervisionen statt, an denen auch das Jugendamt sowie der Kommunale Präventionsrat der Stadt Plauen zum Teil beteiligt seien.

Ferner berichtet Herr Hoffmann, dass die Schulsozialarbeit Herausforderungen wie psychische Belastungen, soziale Konflikte, Familienprobleme, erhöhten Medienkonsum, Bewegungsmangel, fehlendes Selbstwertgefühl, Suchtverhalten und schulische Probleme zu bewältigen hat. Diese Themen variierten je nach Schulart, Alter der Kinder und Jugendlichen sowie regionalen Gegebenheiten. Die Schulsozialarbeit sei für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Einschränkungen oder kulturellem Hintergrund zugänglich. Der Vogtlandkreis berücksichtige bei Bedarfsermittlungen auch Aspekte der Integration und Inklusion. Für drei Grundschulen mit hohem Migrationsanteil, an denen die Schulsozialarbeit gestrichen wurde, sehe der Vogtlandkreis derzeit keine Möglichkeiten, den Ausfall zu kompensieren.

Derzeit sind die Schulsozialarbeiter an zwei Grundschulen, fünf Oberschulen, zwei Förderzentren und zwei Gymnasien in Plauen tätig. Die Träger der Schulsozialarbeit in Plauen seien der MJA e.V. Plauen, der Verein für offene Jugendarbeit e.V. Reichenbach, das Diakonische Beratungszentrum Vogtland, die Fördergesellschaft für berufliche Bildung Plauen-Vogtland e.V., Jugend-Werk Pöhl e.V. und der Deutsche Kinderschutzbund Ortsverband Plauen e.V.

Das Landratsamt Vogtlandkreis betone, dass die Schulsozialarbeit an einem Drittel der Schulen im Landkreis vertreten sei, jedoch bundesweit eine Fachkraft pro Schulstandort favorisiert werde. Die Bedarfsermittlung laufe derzeit, sodass keine konkreten Aussagen zu künftigen Entwicklungen getroffen werden könnten.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass die Stadt Plauen keinen direkten Einfluss auf die Schulsozialarbeit habe, da diese in der Zuständigkeit des Landkreises liege. Er betont jedoch die Bedeutung der Schulsozialarbeit als Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler und verweist darauf, dass die Stadtverwaltung sich bemüht, das Thema auf Kreisebene und auch auf Landesebene zu adressieren, um die Situation zu verbessern. Es wird deutlich, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit in Plauen hoch ist, insbesondere in den Oberschulen und Gymnasien, während die Grundschulen nur mit wenigen Stellen ausgestattet sind.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, fragt, ob der Stadt Plauen bekannt sei, ob die Fördermittelbescheide für die Träger der Schulsozialarbeit bereits versandt worden seien.

Bürgermeister Kämpf kann dazu nichts ausführen und weist darauf hin, dass die Stadt Plauen dies nicht beeinflussen kann, weil es nicht in deren Zuständigkeit liege. Er bittet darum dieses Thema auf Kreisebene zu klären.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiter über Fördervereine der Schulen geschaffen werden könnten, wenn finanzielle Mittel dafür zur Verfügung stünden.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass eine entsprechende Pauschale durch das Land zur Verfügung gestellt und durch den Vogtlandkreis verteilt wird. Zusätzlich gegründete Fördervereine würden somit nicht automatisch zu mehr finanziellen Mitteln führen. Er betont, dass eine strategische Entscheidung auf Landesebene erforderlich sei, um die Schulsozialarbeit flächendeckend zu gewährleisten. Weiter appelliert er an die Fraktionen, sich gemeinsam auf Kreisebene für eine Verbesserung der Situation einzusetzen, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

#### **4 Vortrag zum Thema Startchancen-Programm - Vortragende: Simone Schurig, Leiterin Schul- und Sportreferat**

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, führt in das Thema ein und informiert, dass fünf Schulen der Stadt von diesem Startchancen-Programm profitieren können.

Simone Schurig, Leiterin des Schul- und Sportreferates, erklärt, dass sie den Vortrag an Frau Mucha-Schmidt übergibt, da diese seit August 2025 im Schul- und Sportreferat tätig sei und die Federführung für das Programm übernommen habe. Ziel sei es, eine gute Vertretungsregelung und die Sicherung des Förderprogramms zu gewährleisten.

Frau Mucha-Schmidt, Sachbearbeiterin Schul- und Sportreferat, stellt das Startchancen-Programm anhand einer Präsentation vor. Die Power Point Präsentation wird den Ausschussmitgliedern im Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

So erläutert sie, dass das „Startchancen-Programm“ das größte Bildungsprogramm des Bundes sei, mit dem Ziel, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Der Bund stelle hierfür 20 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2024 bis 2034 zur Verfügung. Die Stadt habe sich mit fünf Schulen für das Programm qualifiziert. Das Programm basiere auf drei Säulen.

Die erste Säule umfasse Investitionen in die Infrastruktur der Schulen, um eine moderne und barrierefreie Lernumgebung zu schaffen. Die Stadt sei hierbei für die Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen verantwortlich. Die zweite Säule, das Chancenbudget, werde direkt an die Schulen weitergeleitet, um Projekte zur Förderung von Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu ermöglichen. Die dritte Säule beinhalte den Einsatz multiprofessioneller Teams, dies können Sozialarbeiter, pädagogische Fachkräfte und Psychologen sein, zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Frau Mucha-Schmidt führt weiter aus, dass die Auswahl der Schulen auf Basis des Sozialindex des Landes Sachsen erfolgt sei, welche die Kriterien wie Armutsgefährdung und Migrationshintergrund berücksichtige. Die Stadtverwaltung arbeite eng mit den Schulen zusammen, um deren Bedarfe vor Ort zu erfassen. Zudem stehe man im Austausch mit Fachbüros in Dresden und dem Landesamt für Schule und Bildung, um die pädagogische Qualität der Projekte sicherzustellen.

Derzeit befinde man sich in der Phase der Kostenanalyse und Abstimmung mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung, um die Förderfähigkeit der Projekte zu gewährleisten. Das verfügbare Gesamtbudget für die Stadt Plauen belaufe sich auf 3.513.324,64 Euro, wovon 70 % durch Bund und Land gefördert werden. Die Stadt müsse einen Eigenanteil von 30 % tragen, was einem Betrag von etwa 1.050.000 Euro entspreche. Pro Schule sei ein Mindestabruf von 35.000 Euro erforderlich, wofür die Stadt 15.000 Euro Eigenmittel pro Schule bereitstellen müsse.

Zu den Pilotschulen gehören Hufeland-Oberschule, Erich-Ohser-Grundschule, Grundschule „Am Wartberg“, Friedrich- Rückert-Grundschule sowie die Oberschule.

Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erkundigt sich nach dem Zeitraum des Förderprogramms und stellt fest, dass der Förderzeitraum von 2024 bis 2034 festgelegt sei, obwohl das Programm noch nicht laufe.

Frau Mucha-Schmidt erklärt, dass man sich derzeit in der Planungsphase befinde und die Anträge bis spätestens 2027 bei LASUB und SAB eingereicht werden müssten. Die meisten Konzepte seien bereits fertiggestellt, und man plane, die Anträge bis Ende des Jahres einzureichen, um frühzeitig Fördermittel zu sichern. Die Mittel in Höhe von 3,5 Mio. Euro sind fest und können investiv abgerufen werden. Über den Zeitpunkt des Mittelabrufes kann die Stadtverwaltung selbstständig entscheiden.

Frau Schurig ergänzt, dass die Stadtverwaltung seit Bekanntwerden des Programms aktiv sei und die Antragsfrist bis 2027 gelte. Sie betont, dass die Schulträger, die den Eigenanteil nicht aufbringen könnten, aus dem Programm ausscheiden würden, wodurch die Mittel auf verbleibende Schulen umverteilt werden. Diese Chance möchte die Stadt Plauen ggf. nutzen.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass die ausgewählten Schulen aufgrund ihrer besonderen Herausforderungen berücksichtigt worden seien. Er betont die Notwendigkeit, in die Schulinfrastruktur zu investieren, um die Bildungsqualität langfristig zu sichern und die Stadt als Bildungsstandort zu stärken.

Ferner ergänzt er, dass das Förderprogramm aus mehreren Bausteinen bestehe. Neben der investiven Förderung der Lernumgebung sei die inhaltliche Arbeit ein zentraler Bestandteil, die von den Schulleitungen gemeinsam mit den Lehrkräften sowie durch Unterstützungssysteme und Pädagogen erarbeitet werde. Er betont, dass 70 % der Kosten durch das Programm gefördert würden, während die verbleibenden 30 % Eigenanteil über einen Zeitraum von zehn Jahren aufzubringen seien. So seien die Mittel für den kommenden Doppelhaushalt angemeldet worden.

Herr Kämpf bittet die Stadträte um ihre Unterstützung, um die Eigenmittel im Haushalt sicherzustellen, trotz der angespannten Haushaltslage.

Frau Schurig fügt hinzu, dass die investiven Maßnahmen über den Geschäftsbereich II geplant seien und im Haushalt entsprechend ausgewiesen werden. Sie erklärt, dass die Friedrich-Rückert-Grundschule sowie die Oberschule in das Programm eingebunden seien und Fördermittel aus verschiedenen Programmen, wie auch aus dem EFRE-Programm miteinander kombiniert werden. Sie

versichert, dass eine interne Abstimmung erfolge, um die Mittel effizient einzusetzen und verweist darauf, dass beispielsweise der Schulhof der Rückert-Schulen erst nach Abschluss der Bauarbeiten, voraussichtlich 2030 oder 2031, erneuert werden könne.

Stadträtin Gruber möchte wissen, wofür die Mittel eingesetzt werden und erkundigt sich nach den bisherigen Ideen und Anträgen der Schulen.

Frau Mucha-Schmidt führt aus, dass unter anderem die Aufwertung des Sportplatzes der Erich-Ohser-Grundschule, Schallisierungen in Klassenzimmern und Treppenhäusern sowie die Einrichtung eines „grünen Klassenzimmers“ an der Hufeland-Oberschule geplant seien. Weitere Vorschläge umfassen Lesecken, kleine Bibliotheken und Exkursionen für Schülerinnen und Schüler. Sie betont, dass auch personelle Maßnahmen wie die Finanzierung von Sozialarbeitern, pädagogischen Fachkräften und Schulassistenten über das Programm unterstützt würden.

Stadträtin Heike Bertram, Fraktion SPD/Initiative-Plauen, berichtet, dass ihre Schule seit diesem Schuljahr Teil des Programms sei. Sie erläutert, dass jede Schule nur eine Schulassistentin einstellen könne, die als pädagogische Fachkraft die umfangreiche Arbeit im Rahmen des Programms unterstütze. Sie hebt hervor, dass diese Unterstützung angesichts der zusätzlichen Aufgaben durch das aufwendige Programm von großer Bedeutung sei.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, lobt das Programm und ist erfreut, dass die Plauener Schulen davon profitieren. Er verweist auf die lange zurückliegende Sanierung der Rückert-Schule und betont die Notwendigkeit der aktuellen Maßnahmen. Er möchte wissen, ob die Förderung komplett verloren geht, wenn für eine Schule kein Eigenanteil aufgebracht werden könne oder ob nur die Förderung für eine Schule dann verloren geht.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass in einem solchen Fall nur die Förderung für die betreffende Schule entfalle. Er betont, dass das Programm gezielt kleinere Maßnahmen fördere, die in großen Förderprogrammen oft nicht berücksichtigt würden, und dass die Mittel je nach Priorisierung und Bedarf verteilt würden. Die grundlegende Sanierung der Rückertschule wird durch ein separates Förderprogramm gedeckt.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, erkundigt sich nach der prozentualen Verteilung der Mittel auf die drei Säulen des Programms.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass die Verteilung flexibel sei und die Maßnahmen im Bildungs- und Sozialausschuss detailliert vorgestellt würden. Er betont, dass es sich um zusätzliche Mittel handele, die für den Haushalt von großer Relevanz seien.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, fragt nach konkreten Maßnahmen, die das Hauptziel der Chancengleichheit unterstützen.

Frau Mucha-Schmidt erklärt, dass die Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Schulen derzeit erarbeitet werden und ein pädagogisches Konzept erstellt werde.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass auch Maßnahmen wie Schallschutz zur Chancengleichheit beitragen können, da sie eine bessere Lernumgebung schaffen und Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer häuslichen Situation zugutekämen. Er betont, dass alle Schülerinnen und Schüler von den Maßnahmen profitieren würden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

## **5 Vorberatung**

### **5.1 Antrag der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 104-26 - Stellungnahme der Verwaltung**

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, erläutert, dass der Antrag zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Thematik aufgreife. Er bedankt sich für das Engagement der Antragsteller, weist jedoch darauf hin, dass die Stadtverwaltung bereits umfassende Maßnahmen in diesem Bereich umsetze.

Ferner betont er, dass die Stadtverwaltung, insbesondere die Bereiche Jugend und Soziales sowie Kultur und Bildung, zahlreiche Initiativen und Projekte für Kinder und Jugendliche aktiv unterstütze. Er

hebt hervor, dass er persönlich sowie die Stadtverwaltung regelmäßig im Austausch mit Kindern und Jugendlichen stehe und deren Anliegen direkt in die Entscheidungsprozesse einbeziehe. Er zeigt sich skeptisch gegenüber der Schaffung einer zusätzlichen Stelle, da dies aus seiner Sicht keine signifikanten Mehrwerte bringe, sondern vielmehr bestehende Strukturen dupliziere.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, stellt den Antrag inhaltlich vor. Dabei führt er aus, dass der Antrag aus Gesprächen mit Trägern hervorgegangen sei, die den Bedarf an einer besseren Koordination und stärkeren Einbindung von Kindern und Jugendlichen signalisiert hätten. Er betont, dass die vorgeschlagene Stelle eines Kinder- und Jugendbeauftragten als Schnittstelle fungieren solle, um die Anliegen der jungen Generation gezielt in Ausschüsse und Stadtratssitzungen einzubringen. Des Weiteren schlägt er vor, die Stelle flexibel zu gestalten und gegebenenfalls mit anderen Aufgabenbereichen zu kombinieren, um keine zusätzlichen finanziellen Belastungen zu schaffen. Er verweist auf die UN-Kinderrechtskonvention und sieht weiteren Handlungsbedarf, insbesondere bei der kontinuierlichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über das Jahr hinweg.

Bürgermeister Kämpf widerspricht der Notwendigkeit einer solchen Stelle und betont, dass die Stadtverwaltung bereits über ein breites Netzwerk verfüge, das die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherstelle. Er nennt konkrete Beispiele wie die Kinderkonferenzen, die Plauener Kinderstadt, die regelmäßige Zusammenarbeit mit Schulen und Horten in Form von Dienstberatungen sowie mit Vereinen in Form von Vorschulsport. Ferner hebt er hervor, dass die Stadtverwaltung aktiv Maßnahmen wie die Einführung der Kita-App, die Förderung von Lesekompetenz und die Umsetzung von Suchtpräventionsprogrammen vorantreibe. Er betont, dass die Verwaltung jederzeit offen für konkrete Verbesserungsvorschläge sei, jedoch keine zusätzlichen personellen Ressourcen für eine Koordinationsstelle bereitstellen könne. Stattdessen plädiert er dafür, finanzielle Mittel in dringendere Bereiche wie die Arbeit der Familienhebamme zu investieren.

Stadtrat Michael Petzold, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, unterstützt die Position des Bürgermeisters Kämpf und betont, dass die Stadtverwaltung bereits umfassend in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sei. Er spricht sich gegen die Schaffung zusätzlicher Strukturen aus, da diese aus seiner Sicht keine wesentlichen Verbesserungen bringen würden. Stattdessen regt an, die Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen zu optimieren, beispielsweise durch die Nutzung jugendgerechter Medien, um bestehende Informationsdefizite zu minimieren.

Stadtrat Legath entgegnet, dass die Wahrnehmung der Träger auf ein Kommunikationsproblem zwischen Stadt und Trägern hinweise. Er sieht die Notwendigkeit, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über die Kinder- und Jugendkonferenzen hinaus zu stärken und eine kontinuierliche Einbindung zu gewährleisten. Er schlägt vor, die Aufgaben innerhalb der Verwaltung umzuverteilen, um die vorgeschlagene Stelle ohne zusätzliche Kosten zu realisieren.

Bürgermeister Kämpf weist erneut darauf hin, dass die Stadtverwaltung bereits vielfältige Maßnahmen zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen umsetze und regelmäßig mit Trägern und Vereinen im Austausch stehe. Er betont, dass die Träger in erster Linie die Aufgabe hätten, direkt mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, anstatt sich auf Koordinationsaufgaben zu konzentrieren. Er appelliert an die Antragsteller, konkrete Verbesserungsvorschläge zu benennen, und betont, dass finanzielle Mittel vorrangig in dringendere Bereiche wie die Unterstützung von Familien fließen sollten.

Stadtrat Petzold ist sicher, dass die Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen verbessert werden könne, ohne zusätzliche Strukturen zu schaffen. Er regt an, bestehende Informationsangebote kind- und jugendgerecht zu gestalten, um eine bessere Erreichbarkeit sicherzustellen. Ferner betont er, dass die Eigeninitiative der Jugendlichen ebenfalls eine wichtige Rolle spiele und nicht alle Informationen durch die Stadtverwaltung bereitgestellt werden könnten.

Bürgermeister Kämpf verweist abschließend auf das Beteiligungsformat, welches vor Kurzem im Jugendzentrum „Boxenstop“ stattfand und den direkten Austausch zwischen Stadträten und Jugendlichen ermöglicht hat. Es sei wichtig, als Stadtverwaltung und Stadträte direkt dorthin zu gehen, wo sich die Kinder aufhalten, anstatt zusätzliche Beauftragte einzusetzen, so Bürgermeister Kämpf weiter. Ferner hebt er hervor, dass die Stadtverwaltung weiterhin offen für Anregungen sei, jedoch keine Notwendigkeit für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle sehe.

Stadtrat Legath äußert Unverständnis über die negative Darstellung eines Kinder- und Jugendbeauftragten und weist darauf hin, dass eine solche Position die Arbeit der Kinder- und

Jugendarbeit besser vernetzen, koordinieren und unterstützen könne. Er schlägt vor, dass diese Person Fördermittelanträge vorbereiten, Vorlagen für Kinder und Jugendliche verständlich aufbereiten und Öffentlichkeitsarbeit über Plattformen wie TikTok leisten könne. Zudem könne sie als Ansprechpartner für Anliegen von Trägern fungieren und diese an die zuständigen Personen weiterleiten. Er sieht in einer solchen Position einen Mehrwert und spricht sich dafür aus, über bestehende Mängel zu diskutieren.

Bürgermeister Kämpf entgegnet, dass er als Ansprechpartner für Träger bereits direkt erreichbar sei und regelmäßig vor Ort bei verschiedenen Einrichtungen wie der Mobilen Jugendarbeit oder der Villa am Postplatz präsent sei. Er betont, dass er Anliegen direkt aufnehme und bearbeite, ohne eine zusätzliche Zwischeninstanz zu benötigen. Er argumentiert, dass eine klare Aufgabentrennung sinnvoller sei und die Einrichtung einer weiteren Position keinen Mehrwert bringe.

Stadtrat Legath betont erneut, dass er offen für eine Diskussion über bestehende Mängel sei und schlägt vor, die Position nicht zwingend als „Beauftragten“ zu bezeichnen, sondern über alternative Lösungen zu sprechen.

Bürgermeister Kämpf signalisiert Gesprächsbereitschaft und verweist darauf, dass Anträge immer einen konkreten Fokus haben sollten, um gezielte Maßnahmen ableiten zu können.

Bürgermeister Kämpf erläutert, dass bei der Einbringung von Anträgen, die zusätzliche finanzielle Mittel erfordern, zwingend eine Deckungsquelle benannt werden müsse. Er betont, dass dies ein wesentlicher Bestandteil einer offenen und ehrlichen Politik sei. Der aktuelle Haushalt sei hochdefizitär und befinde sich in einer freiwilligen Haushaltskonsultierung. Er hebt hervor, dass bei der Prioritätensetzung im Haushalt 2027 eine klare Finanzierung der Vorhaben erforderlich sei. Abschließend regt er an, den Antrag noch einmal zu überdenken, bevor eine Abstimmung erfolge.

Stadtrat Legath spricht sich dafür aus, den Antrag direkt abzustimmen, da keine Einigung erzielt werden könne.

Bürgermeister Kämpf erklärt erneut, dass die Aufgaben, die im Antrag formuliert seien, aus seiner Sicht bereits vollumfänglich erfüllt würden. Eine zusätzliche Stelle sei nicht erforderlich, weshalb die Stadtverwaltung die Ablehnung des Antrags empfehle.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**1 Ja-Stimmen**

**6 Nein-Stimmen**

**2 Enthaltungen**

**Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses haben den Beschlussvorschlag mehrheitlich abgelehnt.**

#### **6 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Michael Petzold, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion berichtet, dass er in Gesprächen mit Schulleitungen von Grundschulen auf Probleme beim Übergang vom Kindergarten in die Schule aufmerksam gemacht worden sei. Er hebt hervor, dass in einigen Fällen Daten von Kindergärten nicht an die Schulen weitergegeben wurden, obwohl die Eltern dem ausdrücklich zugestimmt hätten. Er regt an, das Thema stärker zu sensibilisieren, da es für die Schulen wichtig sei, über relevante Informationen zu den Kindern zu verfügen. Zudem weist er auf Schwierigkeiten bei der Feststellung des Förderbedarfs hin, da dieser bis Dezember eingereicht werden müsse, jedoch einige Kinder erst im März im darauffolgenden Jahr untersucht werden. Er schlägt vor, die Kinder mit Förderbedarf frühzeitig in die Vorschuluntersuchungen einzubeziehen, um die Fristen einzuhalten und die notwendigen Fördermaßnahmen rechtzeitig einleiten zu können.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert, dass diese Themen bereits in einer Gesprächsrunde mit Leitungen der Grundschulen und kommunalen Kindertagesstätten diskutiert worden seien. Man sei sich einig, dass eine verstärkte Kooperation zwischen den Einrichtungen notwendig sei, um die Herausforderungen zu bewältigen. Er betont, dass der Datenschutz eine zentrale Rolle spiele und es oft unklar sei, ab wann Daten übermittelt werden dürften und welche Schule letztlich zuständig sei.

Hinsichtlich der Vorschuluntersuchungen erklärt er, dass diese durch das Gesundheitsamt des Landratsamtes Vogtlandkreis organisiert werden. Er weist darauf hin, dass die Terminvergabe oft an der Verfügbarkeit der Eltern scheitert und dass insbesondere Kinder aus Familien mit sprachlichen oder organisatorischen Schwierigkeiten betroffen seien. Diese Kinder würden häufig erst nach den offiziellen Anmeldeterminen erfasst, was die rechtzeitige Feststellung des Förderbedarfs erschwere.

Stadtrat Petzold regt an, Kinder mit erkennbarem Förderbedarf bereits früher zu begleiten und gegebenenfalls Voruntersuchungen durchzuführen. Zudem schlägt er vor, pauschale Förderbedarfe einzuplanen, um Verzögerungen zu vermeiden.

Herr Hoffmann erklärt, dass Förderbedarfe in der Regel bereits im Kindergarten erkannt werden, sofern die Kinder eine solche Einrichtung besuchen. Allerdings seien gerade die Kinder, die keinen Kindergarten oder erst spät eine Betreuungseinrichtung besuchten, besonders betroffen.

Stadträtin Heike Bertram, Fraktion SPD/Initiative-Plauen, ergänzt, dass es bereits eine Priorisierungsliste für Kinder mit besonderem Förderbedarf gebe, welche bereits ab August untersucht werden. Sie weist jedoch darauf hin, dass Familien, die Termine versäumten, die Zeitpläne erheblich verzögerten, was dazu führen könne, dass Kinder ohne ausreichende Diagnostik eingeschult werden. Eine Rückstellung sei in solchen Fällen möglich, jedoch nicht immer der optimale Weg für die Kinder.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, lenkt die Aufmerksamkeit auf ein weiteres Problem an der Erich-Ohser-Schule. Sie berichtet, dass die dortige Bibliothek aufgrund fehlender Beleuchtung und unzureichender Ausstattung nicht nutzbar sei. Sie möchte wissen, welche Pläne zur Verbesserung der Situation vorgesehen sind.

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, erklärt, dass für das gesamte Areal der Erich-Ohser-Grundschule ein Konzept in Arbeit sei, welches auch die Bibliothek umfasse. Er weist jedoch darauf hin, dass die Umsetzung von den verfügbaren Haushaltsmitteln und möglichen Förderprogrammen abhängt. Er betont, dass die Bibliothek im Rahmen des Startchancen-Programms berücksichtigt werden könnte, jedoch größere Investitionen für das gesamte Areal notwendig seien.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, hebt abschließend die Arbeit von der Familienhebamme Frau Schulze hervor. Er berichtet, dass sie in Gesprächen mit Trägern besonders positiv erwähnt worden sei und über ein hohes Engagement sowie umfassendes Wissen verfüge. Er als Stadtrat ist sehr stolz darauf.

Bürgermeister Kämpf nimmt das Lob auf und versichert, es an Frau Schulze weiterzugeben.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf  
Bürgermeister GB I

Yvonne Gruber  
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj  
Schriftführerin

Lars Legath  
Stadtrat

Das Protokoll wurde mit Hilfe einer „künstlichen Intelligenz“ erstellt. Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei des jeweiligen Gremiums generiert wird. Das KI-basierte Tool kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren.

Die Überprüfung erfolgte durch den jeweiligen Protokollanten.

Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen.

Danach wird diese umgehend auch aus dem KI-Modul gelöscht.